

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur
Herr Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herr Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herr Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.
Herr Dr. phil. h. c. h. Dr. phil.

Abonnementpreise: Durch unsere Seiten frei im Jahr monatlich 6.30 Mark. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 6.30 Mark. Bei der Post bezahlt vierteljährlich 18.30 Mark, monatlich 6.30 Mark. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsabnehmer und Ausgabestellen, sowie alle Postämter und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenspaltspreise sind nach dem Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg zu berechnen. Die Nebenspaltspreise sind nach dem Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg zu berechnen. Die Nebenspaltspreise sind nach dem Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Schwarzenberg zu berechnen.

Nr. 124.

Dienstag, den 31. Mai 1921.

16. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

Der Reparationskommission wurden gestern weitere 50 Millionen Goldmark in Devisen als zweite Anzahlung auf die erste Milliarde Goldmark angeboten, sodass also jetzt insgesamt 200 Millionen Goldmark angezählt sind.

Der Reichskanzler teilte mit, dass eine Abgabe von Schmuckgegenständen zwecks Abgabe der Reparationszahlungen nicht berücksichtigt ist.

Die Entente hat wegen rückständiger Kohlenlieferungen aus den Monaten Februar, März und April eine neue Note an Deutschland gerichtet.

Die Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahner und Anwärter fordert in einer Entschließung Festhalten am schematischen Achtstundentag.

Oesterreich wird voraussichtlich auf 20 Jahre von seinen Verpflichtungen gegen England und Frankreich entbunden werden.

Rathenau Wiederaufbauminister.

Die auf Antrag des Reichskanzlers erfolgte Ernennung Walter Rathenaus zum Wiederaufbauminister ist, wie im Auer Tageblatt gestern schon kurz gemeldet wurde, vom Reichspräsidenten in Mergerstein unterzeichnet worden. Der neue Wiederaufbauminister sollte bereits an der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts teilnehmen. Der Dem zufolge ist die Ernennung des Centrumsabgeordneten Dr. Anton Höfle zum Pressesekretär der Reichsregierung als endgültig anzusehen. Dr. Höfle ist Direktor des Gesamtverbandes der Deutschen Staatsbeamten- und Staatsangestellten-Gewerkschaften.

Der neue Wiederaufbauminister Walter Rathenau ist 1867 in Berlin geboren. Er studierte nach Abschluss seiner Gymnasialbildung Physik, Chemie, Mathematik und Philosophie und später in München noch Maschinenbau. Von 1893 bis 1899 leitete er die Elektro-Chemischen Werke in Bitterfeld, für die er große Anlagen in Bitterfeld, in Polen und Frankreich baute. 1899 wurde er Leiter der Abteilung der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft für den Bau von Zentralkraftstationen. 1905 wurde er nach dem Tode seines Vaters Emil Rathenau Präsident der A. G. G. Im politischen Leben hat er nicht selten eine bedeutende Rolle gespielt. Mit dem damaligen Kolonialstaatssekretär Dernburg verließ er 1907/08 Deutsch-Ost- und Deutsch-Südwestafrika und verfasste die amtlichen Berichte über diese Reisen. 1909 begab er sich im Auftrage der Reichsregierung nach Paris, um über die Wannemann-Affäre in Marokko zu verhandeln. Neben seiner Tätigkeit in der Industrie hat Rathenau sich auch mit philosophischen und sozialökonomischen Fragen beschäftigt. Auch in der Sozialistischen Kommission, die Mitte des vorigen Jahres tagte, hat er eine bedeutende Rolle gespielt.

Der Hansabund gegen Rathenaus Planwirtschaftsbestrebungen.

Das Präsidium des Hansabundes erklärt aus Anlass der Ernennung Dr. Walter Rathenaus zum Wiederaufbauminister: Der Hansabund wird mit gespannter Aufmerksamkeit den Werken Rathenaus als Wiederaufbauminister folgen, er wird aber jeden Versuch, den von Rathenau seinerzeit mit Wiffell und Wöllendorf propagierten Planwirtschaftsgeboten in die Tat umzusetzen, auf das entschiedenste bekämpfen, sowie alle Gegner einer derartigen Rathenauischen Wirtschaftspolitik um sich zu sammeln suchen. Wenn der Hansabund die Ernennung Rathenaus zum Wiederaufbauminister schon von vornherein mit dem größten Bedenken betrachtet kann, so muß der Bund seine jetzige mitarbeitende Tätigkeit beim Wiederaufbau in eine Oppositionsstellung ändern, sobald Rathenau seine früheren planwirtschaftlichen Gedanken zur praktischen Durchführung zu bringen sucht. Wir sind der Meinung, daß man erst die Taten des Ministers Dr. Rathenau abwarten sollte, ehe man sich für Zustimmung oder Opposition entscheidet.)

Die Aufbringung der Milliarden.

Ein Vorschlag des Reichswirtschaftsministers: Eingriff in die Substanz des Volkvermögens — Gegnerische im Reichsfinanzministerium.

Das Reichskabinett hat sich, der Deutschen Tageszeitung zufolge, abergegenen müssen, daß die Erfüllung des Ultimatum hinsichtlich der Reparationszahlungen durch neue Steuern und Abgaben allein nicht annähernd durchgeführt werden kann, daß vielmehr ein gewaltiger Eingriff in die Substanz des deutschen Volkvermögens nötig ist. Nach angeblich zuverlässigen Informationen des Blattes legt dem Reichskabinett ein Vorschlag des Reichswirtschaftsministers vor, dessen wesentliche Punkte die folgenden sein sollen:

1. Bei dem Eingriff in die Substanz des deutschen Vermögens sollen in erster Linie die sogenannten Ehrenrechte, die angeblich von der Entwertung des

deutschen Geldes nicht betroffen worden sind, herangezogen werden, nämlich der ländliche und städtische Grundbesitz sowie die industriellen und kaufmännischen Unternehmungen aller Art. Zugunsten des Reparationsfonds sollen 20 Prozent dieser Besitzungen enteignet werden;

2. bei ländlichem Grundbesitz ist die Enteignung auf folgende Weise gedacht: Zugrunde gelegt wird der Friedenswert. Dieser wird zum Kurs von 1 Goldmark gleich 15 Papiermark in Papiermark umgerechnet. Auf den sich so ergebenden Papierwert des ländlichen Grundbesitzes wird eine Zuschusshypothek in Höhe von 20 Prozent mit allen bisher bestehenden Belastungen eingetragen. (Die D. Z. bemerkt dazu, daß diese Zuschusshypothek nicht weniger als 300 Prozent des Friedenswertes darstelle. Sie übersehe also bei der großen Mehrzahl aller Fälle den Gesamtwert, den der Grundbesitz heute habe. Die 20prozentige Zuschusshypothek sei also in Wirklichkeit eine völlige Enteignung des Grundbesitzes aller Kategorien.)

3. Für den städtischen Grundbesitz wird die Enteignung auf demselben Wege vorgenommen. Da es offensichtlich ist, daß bei der gegenwärtig gesetzlich festgelegten Höchstrente auch nicht ein kleiner Teil der Zwangshypothek verzinst werden könnte, ist vorgeschlagen, daß zu den bestehenden Mieten ein Zuschlag von 300 Prozent der Friedensmiete mit der ausschließlichen Bestimmung der Verzinsung der zugunsten des Reparationsfonds eingetragenen Zuschusshypothek tritt.

4. Bei den industriellen und kaufmännischen Unternehmungen einschließlich der Banken soll an Stelle der hypothekarischen Zuschusshypothek eine Zwangsbeteiligung für den Reparationsfonds in Höhe von 20 Prozent des in den betreffenden Unternehmungen investierten Kapitals treten. Bei künftigen Kapitalerhöhungen ist der Anteil des Reparationsfonds stets entsprechend mit zu erhöhen.

5. Durch neue Steuern und Abgaben soll der Inlandverbrauch auf den lebensnotwendigen Bedarf eingeschränkt werden, um auf diese Weise die Einkämpfe der Produktionsstätten auf Ausfuhrgegenstände zu erzwingen. Gleichzeitig sollen die Reichszuschüsse zur Versorgung der Lebensmittel in Wegfall kommen. Die Lebensmittelpreise sollen den Weltmarktpreisen angepaßt werden. Unter den neuen Steuern befindet sich auch eine Erhöhung der Kohlensteuer in einem Ausmaße, daß der inländische Preis der Kohle unter der Berücksichtigung der Valutaentwertung dem Weltmarktpreis angepaßt wird. Die Zuschüsse zu den Verkehrsverwaltungen (Post und Eisenbahn) sollen durch eine weitere erhebliche Steigerung der Tarife in Wegfall gebracht werden.

6. Da der Ertrag der neu geplanten Steuern zusätzlich des Hinzuertrages der Zwangshypothek beim ländlichen und städtischen Grundbesitz und des Ertrages der 20prozentigen Gewinnbeteiligung an den industriellen und kaufmännischen Unternehmungen auch nach der Erkenntnis des Reichskabinetts jedenfalls für Jahre hin aus nicht ausreicht, um die uns auferlegten Jahreszahlungen an die Entente zu decken, ist eine schrittweise Veräußerung der landwirtschaftlichen und städtischen Hypotheken sowie der industriellen Beteiligungen an das Ausland vorgesehn.

Nach Informationen des Verh. Tagebl. dürften die Grundzüge der Ideen des Reichswirtschaftsministeriums hier richtig gezeichnet sein. Das Reichsfinanzministerium soll diesen Plan bekämpfen.

Widerstand Bayerns gegen die Entwaffnung?

Wie die Berliner Montagpost meldet, ist das Reichskabinett am Sonntag zu einer Sitzung zusammengetreten, in der es sich ausschließlich mit der Entwaffnungsfrage beschäftigt habe. Das Blatt will wissen, daß diese Sonntagssitzung hauptsächlich dadurch veranlaßt worden sei, daß in Bayern starke Kräfte die Auflösung der Einwohnerwehren zu verhindern suchten, wodurch eine sehr ernste Lage entstehen könnte.

Lärmereien im bayerischen Landtage.

Die aufgeschobene Erklärung des Ministerpräsidenten v. Kahr. Im Staatshaushaltsausschuß wollte Ministerpräsident v. Kahr gestern die versprochene Erklärung über die politische Lage und die Einwohnerwehrfrage abgeben. Vorstehender Abg. Giehrli erklärte jedoch vor Eintritt in die Tagesordnung, der Ministerpräsident habe mitgeteilt, daß er gestern noch nicht in der Lage sei, die versprochene Erklärung abzugeben. (Unruhe und Gelächter links.) Er werde heute Dienstag früh zu der Angelegenheit Stellung nehmen. Abg. Timm (Soz.) nannte dies Verhalten einen eigentümlichen Vorgang. Heute wisse man in parlamentarischen Kreisen noch nicht, wie diese wichtige Angelegenheit Bayerns sich abspiele. Das sei ein geradezu unerhörter Vorgang. Es bleibe seiner Partei nichts anderes übrig, als dagegen entschieden zu protestieren, Abg. Straß (Bahr/Volksp.) erklärte namens der Koalitionsparteien, daß diese es für nötig erachteten, in dieser schwerwiegenden Frage ein völlig klares Bild zu erhalten. Das werde gegeben werden. Deshalb beantrage er, über die Frage zur Tagesordnung überzugehen. Darauf entstand bei

den Unabhängigen und Kommunisten großer Ärger; es fielen Zwischenrufe wie: Dann wird die Geschäfte über Sie (zu den Bürgerlichen) zur Tagesordnung übergeben! Der kommunistische Abg. Wenderl rief: Das ist ein Gaußfall sondergleichen. Er erhielt hierfür vom Vorsitzenden einen Ordnungsruf. Schließlich wurde mit den Stimmen der Koalitionsparteien der Übergang zur Tagesordnung beschlossen.

Die Münchner Zeitung schreibt: Wie wir hören, ist die Nachricht, daß v. Kahr vor einigen Tagen den diplomatischen Vertreter Englands in München empfangen hat, richtig. Diese Ausdrücke war lediglich informativ. Herr Seede wollte erfahren, ob Bayern dem Entwaffnungsedikt Folge leisten werde oder nicht. Die Verhandlungen zwischen Berlin und München sind abgeschlossen. Infolgedessen wurde vom Ministerpräsidenten, um keine Zeit zu verlieren, zu Sonntag ein Ministerrat einberufen, der auch stattgefunden hat. Die für heute nachmittag zugesicherte Erklärung des Ministerpräsidenten wird im Staatshaushaltsausschuß des Landtages abgegeben werden. — Die in München abgehaltene Konferenz der Vertreter deutscher Gewerkschaftskartelle rechtssozialistischer Richtung, deren Delegierte 250 000 Angestellte und Arbeiter vertreten, nahm eine Entschlüsselung an, die die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern, die Freilassung der politischen Gefangenen, die Aufhebung der Sondergerichte, Auflösung und Entwaffnung der Einwohnerwehren und die sofortige Zurückberufung und Entwaffnung der bayerischen Zeitfreiwilligen Verbände aus Oberschlesien fordert. — Die Landeskonferenz der U. S. P. D. hat eine Entschlüsselung angenommen, in der es heißt, daß, falls die Regierung sich weigert, die Auflösung der Einwohnerwehren vollständig durchzuführen, die Parteigenossen des ganzen Landes aufgefordert werden, den Beschlüssen des Landesvorstandes geschlossen Folge zu leisten.

Wortbruch der Interalliierten Kommission

Eine Warnung der deutschen Gewerkschaften an Verond.

Am die Interalliierte Kommission ist am Sonntag vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Deutschen Gewerkschaftsbund und dem Gewerkschaftsring folgende Beschwerde gerichtet worden: Die Interalliierte Kommission hatte am Donnerstag, den 13. d. M., also vor zehn Tagen, den unterzeichneten Gewerkschaftsvertretern in Oppeln das Versprechen gegeben, daß die interalliierten Mächte Maßnahmen getroffen hätten und noch treffen würden, um den gegenwärtigen Zuständen ein Ende zu bereiten. Die Prüfung der vorgetragenen Beschwerden der ober-schlesischen Bevölkerung, insbesondere der Einwohner der Stadt Kattowitz, wurde von der Interalliierten Kommission dem Oberbefehlshaber der interalliierten Truppen übertragen, der nach Kattowitz entsandt wurde. Der Oberbefehlshaber Gratier war wiederholt einige Stunden in Kattowitz. Jemandem erkennbare Tat ist jedoch nicht in Erscheinung getreten. Die Leiden der Bevölkerung haben sich noch gesteigert. Zur Abwehrung der Lebensmittel, der Milch für die Säuglinge sowie jeden Verkehrs und zu den täglichen Gehaltstätigkeiten ist seit dem 21. d. M. die Abfuhr von Wasser hingenommen. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Die interalliierten Vorkommissare haben nur Worte und sehen dem verbrecherischen Treiben der Insurgenten tatenlos zu. Kein Bürger ist seines Lebens sicher. Nach wie vor verkehren die französischen Soldaten mit den Insurgenten in der freundschaftlichsten Weise. Wir warnen die Interalliierte Kommission noch einmal. Denn sie trägt die Verantwortung vor dem Gesetz und vor dem Gewissen der Welt.

Drei Fragen an Verond.

Wie Echo de Paris mitteilt, hat die Vorkommissarkonferenz dem General Verond in Oppeln folgende drei Fragen gestellt: 1. Welche Maßnahmen schlägt General Verond vor, um die Befehung einer verbindenden Zone zwischen der deutschen und polnischen Front durch alliierte Truppen sicherzustellen? 2. Kann General Verond zur sofortigen Befehung dieser Zone schreiten, ohne die englischen Verbände abzuwarten? 3. Entspricht der Vorschlag Bertal de Marini der augenblicklichen Lage, und kann er angesichts der Ereignisse möglich sein? Ist Korfants und das Exekutivkomitee, dessen Präsident er ist, wirklich Herr der polnischen Bewegung oder herrscht Diskontinuität unter seinen Anhängern und Kämpfern?

Das neue Verhandlungsmandat.

Wie die Chicago Tribune schreibt, hat Graf Matthias Milleginsky (Dolna) an die Interalliierte Kommission in Oppeln telegraphiert, daß er bereit sei, über einen Waffenstillstand mit den Deutschen zu verhandeln, da er weiteres Blutvergießen nicht wünsche. Das Blatt meldet ferner, daß deutsche und polnische Bevollmächtigte in Oppeln eingetroffen seien, um unter der Aufsicht der Interalliierten Kommission über einen Waffenstillstand zu verhandeln. (Daß der polnische militärische Führer Waffenstillstandsverhandlungen angeboten hat, ist möglich. Es ist aber nicht anzunehmen, daß mit den Aufständischen tatsächlich verhandelt wird, da das ihre Anerkennung als kriegsführende Macht bedeuten würde. Offenbarer Unfug ist es auch, daß deut-